

# Der belgische Wirtschaftsplan

Autor(en): **Halasi, A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **26 (1934)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352674>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

das noch nicht, ganz abgesehen davon, dass er in verstärktem Masse Versuche in der Richtung nach Planlosigkeit macht und noch machen wird.

Es wäre aber ebenfalls ein Irrtum, zu glauben, es gehe nun einfach wieder geradlinig aufwärts, wie es 3 oder 4 Jahre abwärts gegangen sei. Die wirtschaftlichen Beziehungen sind derart verworren und die Aenderungen im wirtschaftlichen Aufbau jedes Landes so tiefgreifend, dass eine « Wiederankurbelung » viel grössere Kräfte und bedeutend längere Zeit erfordern wird als nach früheren Krisen. Dabei bleibt freilich die Möglichkeit offen, dass einzelne Industrien und einzelne Länder eine Sonderkonjunktur erleben können.

Unter diesen Umständen erhält auch die Wirtschaftspolitik vermehrte Bedeutung. In dem Ringen, aus dem Krisenchaos herauszukommen, werden jene Länder sich einen Vorsprung sichern können, die es verstehen, ihre wirtschaftlichen Kräfte zielbewusst zusammenzufassen und auf ihrem Gebiet möglichst weitgehend planwirtschaftlich zu arbeiten. In dieser Richtung müssen auch die Anstrengungen der Arbeiterbewegung gehen. Die Schweiz hat ebenfalls diese Chance, um so mehr, als sie von der Krise weniger schwer betroffen wurde als die meisten andern Länder. Unsere Aufgabe wird darin liegen, diese Lage auszunützen, was ja ganz in der Richtung der bisherigen Krisenpolitik des Gewerkschaftsbundes liegt.

---

## Der belgische Wirtschaftsplan.

Von A. H a l a s i, Brüssel.

Die belgische Arbeiterpartei hat auf Grund von Vorschlägen von Hendrik de Man einen Plan zur Umgestaltung der belgischen Wirtschaft beschlossen. Die belgische Gewerkschaftskommission hat sich diesem Plan angeschlossen. Da dieser Plan zweifellos auch in Kreisen der schweizerischen Arbeiterschaft grosses Interesse finden und diskutiert werden wird, so veröffentlichen wir einen Artikel darüber von A. Halasi, dem Mitarbeiter de Mans, der noch vor dem Weihnachtkongress der belgischen Arbeiterpartei geschrieben wurde. Im Anschluss daran bringen wir den Plan selbst in der Uebersetzung. Wir behalten uns vor, in einem nächsten Heft kritisch dazu Stellung zu nehmen. *Red.*

Der Weihnachtkongress der Arbeiterpartei Belgiens wird über einen **W i r t s c h a f t s p l a n** zu beschliessen haben. Er wird wohl dem Plan, verfasst von Hendrik de Man, der auch das Referat auf dem Kongress halten wird, allem Anschein nach mit Begeisterung zustimmen. Die Grundzüge des Planes wurden bereits vor einiger Zeit veröffentlicht, und zwar in der Form eines ausführlichen Entwurfes. Er wurde von den massgebenden Instanzen der Arbeiterpartei, der Gewerkschaften und der Genossenschaften, die über ihn eingehende Beratungen abhielten, gutgeheissen. Die

provinziellen Verbände der Arbeiterpartei stimmten ihm ebenfalls zu, so dass seine endgültige Verabschiedung auf dem Weihnachtskongress gesichert zu sein scheint. Damit wird wohl eine neue Aera der belgischen Arbeiterbewegung beginnen.

Was waren die grundlegenden politischen und ökonomischen Erwägungen, die diesem Plane zugrunde lagen und die Zustimmung der Leitung der Arbeiterbewegung ermöglichten? Wir möchten mit Nachdruck hervorheben, dass die Gewerkschaften, die in Belgien bekanntlich mit der Partei in starker organisatorischer Verbindung verknüpft sind, sich mit besonderem Eifer des Entwurfes annahmen, ja dass sie geradezu das vorwärtstreibende Element der Aktion gewesen sind.

Diese Erwägungen gingen einmal von der Tatsache aus, dass sich die Arbeiterbewegung in dieser Periode der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit dazu verurteilt sieht, in der Defensive zu bleiben. Ihr Kampf ging notwendigerweise nur darum, zu verhindern, dass die sozialen Errungenschaften früherer Zeiten erhalten bleiben. Es braucht kaum gesagt zu werden, wie lähmend eine solche andauernde Defensivstellung auf die Arbeiterbewegung wirken muss. Die eigene Anhängerschaft wird in der Verfolgung dieser so undankbaren Aufgabe allmählich von Unruhe erfasst; sie sucht Ablenkung in Meinungs- und Fraktionskämpfen, die in den meisten Fällen unfruchtbar bleiben, da sie keinen wirklichen Ausweg zeigen können. Zu gleicher Zeit erblicken die Gegner in dieser Defensivbewegung der Arbeiterschaft Zeichen der Schwäche und der Ermüdung und nützen sie zu ihren eigenen Herrschaftszwecken aus, ja möchten, ermuntert durch bestimmte Welterfolge des Faschismus, zu Schlägen ausholen, um die Arbeiterbewegung zu vernichten. Eine solche Politik der dauernden Defensive ist aber auch aus ökonomischen Gründen unhaltbar. Ihre Aktion richtet sich im wesentlichen auf die Verteilung der vorhandenen Kaufkraft, indem sie einen verhältnismässig grossen Teil des Volkseinkommens der Arbeiterschaft sichern oder zumindest eine weitere Verschlechterung des Verteilungsschlüssels verhindern will. Wenn aber das Volkseinkommen — und das ist nur ein anderer Ausdruck für den Produktionsumfang des Landes — rückläufig ist, so bedeutet selbst die erfolgreiche Aufrechterhaltung des Anteils der Arbeiterschaft an dem Volkseinkommen doch eine Verschlechterung ihrer Lage. Hinzu kommt die Sorge um die Arbeitslosen, für die Arbeitsstellen geschaffen werden müssen, sei es durch eine erhöhte Ausnützung der vorhandenen Anlagen, sei es durch Errichtung von neuen. So liegt der Weg zur Rettung auf wirtschaftlichem Gebiet, und da es klar ist, dass sie bei weiterem Bestehen der wirtschaftlichen Anarchie des heutigen Kapitalismus nicht erreicht werden kann, so muss sie in einer radikalen Umformung der Wirtschaftsstruktur gesucht werden. Diese Umformung, der einzige Weg der Rettung, bietet gleichzeitig die Möglichkeit, von der Defensive in die Offensive zu treten,

der Arbeiterbewegung neuen Schwung zu geben, ihr neue Kräfte zuzuführen.

In der Verfolgung dieser Aktion hat nun die Arbeiterklasse den Vorteil, Anhänger ausserhalb der Reihen des klassenbewussten Proletariats zu finden. Die gewünschte Reform der Wirtschaftsstruktur ist nämlich, der Natur der Sache entsprechend, eine solche, die die Vorherrschaft des Finanz- und Monopolkapitals brechen muss. Die antikapitalistischen Neigungen breiter Kreise, die im engeren Sinne nicht proletarisch sind und die insbesondere durch gewaltige Verluste ihrer kleinen Ersparnisse durch Missbräuche des Finanzkapitals in dieser Neigung verstärkt wurden, können also für die Aktion der Arbeiterpartei nutzbar gemacht werden. Das ist aber auch erforderlich, wenn sie erfolgreich sein soll, da die eigenen Kräfte der Arbeiterbewegung zu einem Erfolg nicht ausreichen. Um die Wirtschaft umzugestalten, bedarf die Arbeiterbewegung der politischen Macht, die sie auf demokratischem Wege erstrebt, die sie aber, allein auf sich gestellt, nicht erkämpfen kann. Man muss nun die Konsequenzen aus dieser Lage ziehen. Der Wirtschaftsplan muss derart beschaffen sein, dass er die Anhängerschaft dieser summarisch als « Mittelstand » bezeichneten Elemente sichert, sei es, dass sie sich ihm unmittelbar anschliessen, sei es, dass ihre Parteien den Plan annehmen und ihn in Koalition mit der Arbeiterpartei ausführen. Der Standpunkt im Hinblick auf Koalitionen ist ganz scharf und eindeutig herausgearbeitet: Koalition auf Grund des Planes, aber ausschliesslich auf diesem Grund. Grundsätzliche Ablehnung, ja Verbot einer jeden Koalition auf anderem Boden. Es ist ausserdem einleuchtend, dass die Mitwirkung des kleinen Mittelstandes nicht nur auf dessen antikapitalistische Instinkte aufgebaut werden kann, der Plan muss ihm auch positive Vorteile bieten. Auch darf der Eindruck nicht entstehen, jene Versprechungen seien nur als Manöver gedacht, um mit ihnen Stimmen zu fangen. Sofern der Plan die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit des einzelnen zulässt, muss die Partei ehrlich und definitiv dafür einstehen, dass die Freiheiten nach der Machteingreifung auch wirklich respektiert werden.

Für die Arbeiterbewegung bedeutet also die Annahme des Planes einen schweren Entschluss. Sie muss sich damit abfinden, dass an die Stelle des Kampfes für eine vollsozialisierte Wirtschaft, die sie anstrebt, eine — um die treffende Formel de Mans zu gebrauchen — « économie mixte » (halbsozialisierte Wirtschaft) treten soll. Ja, sie muss sogar noch das weitere Opfer bringen, sich damit abzufinden, dass der Kampf um viele wichtige Forderungen, die in der sozialen Bewegung bisher in dem Vordergrund standen, jetzt durch den Kampf für den Wirtschaftsplan zurückgestellt werden muss.

Die belgischen Sozialisten, die sich des Planes annehmen, müssen auch noch in einem andern Punkte « umlernen », ein vielen



guten Sozialisten schmerzhafter und dennoch unentbehrlicher Prozess. Nicht nur müssen sie auf die Vollsozialisierung verzichten, sie müssen sich auch mit dem nationalen Rahmen des Planes abfinden. Ihnen schwebte der Uebergang zum Sozialismus als eine internationale Umwälzung vor, als eine gemeinsame Aenderung der Wirtschaftsordnung, wenn nicht aller, so zumindest der wirtschaftlich am meisten fortgeschrittenen Länder. Heute muss aber jeder Beobachter der internationalen Lage feststellen, dass diese Hoffnungen sich nicht erfüllten und sich in der früher angenommenen Weise auch nicht erfüllen können. Es fehlen dazu heute die Voraussetzungen, es fehlen die internationalen Organe, die solche Regelungen erzwingen könnten, und es fehlt auch der Wille dazu. Daher kann eine internationale Wirtschaftsordnung nicht unmittelbar, sondern erst auf dem Umweg der nationalen Organisation der Wirtschaft verwirklicht werden. Eine internationale Planwirtschaft hat die nationale Planwirtschaft zur Voraussetzung.

So zeigt sich, alles in allem, eine wesentliche Aenderung der Kampffronten, der Kampfziele und der Kampfmittel.

Der Wirtschaftsplan selbst ist, was seine äussere Form anbelangt, der politischen Aktion angepasst, dem sie dienen soll. Hätte man ihn für den internen Gebrauch der Führer und nicht gleichzeitig auch für breite Massen aufgestellt, so hätte er wohl seinen Gegenstand in anderer Anordnung behandelt, als es in dem zur Diskussion gestellten Text geschah. Seine Kritik, die diesen politischen Gesichtspunkt — der es notwendig machte, bestimmte dringende Forderungen in den Vordergrund zu stellen — ausser acht lassen würde, könnte sich wohl dabei aufhalten, dass man die Endziele des Planes erst am Schluss anführt, die unmittelbaren Ziele vor den Endzielen, ebenfalls erst am Schluss, und dass das Hauptgewicht der Darstellung der Mittel gewidmet ist, die zur Erreichung der unmittelbaren und der mittelbaren Ziele erforderlich sind. Diese Anordnung kann wohl den Eindruck erwecken, es handle sich mehr um ein Wirtschaftsprogramm als um einen Wirtschaftsplan. Der Entwurf verzichtet auch absichtlich darauf, zu zeigen, wie die einzelnen Mittel und Methoden ineinandergreifen, einander ergänzen und bestärken. Das wäre eine wissenschaftliche Leistung gewesen, die gewiss unbedingt zu machen ist, hier aber wohl nicht am Platze gewesen wäre. Der Plan wollte Aufgaben und Mittel ebensowenig darnach gruppieren, wieweit sie dem Ziel der Krisenbekämpfung dienen oder der Verhütung künftiger Krisen durch Herstellung richtiger Proportionen zwischen den einzelnen Zweigen der Produktion einerseits, zwischen Produktion und Verbrauch andererseits, endlich dem Ziel der Förderung brachliegender oder schlummernder Produktivkräfte überhaupt. In der Tat fliessen diese Ziele wie die Mittel ihrer Verwirklichung zusammen; der Gesamteindruck wird wohl der sein, dass es sich um einen Plan zur bestmöglichen Ent-

faltung der Produktivkräfte des Landes handelt, ein Ziel, das die Ueberwindung der Krise und die Errichtung einer krisenfesten Wirtschaft mit einschliesst.

Die Umgestaltung der Wirtschaft soll durch Schaffung von zwei nebeneinander stehenden Wirtschaftssektoren geschehen: neben einem sozialisierten soll ein freier Wirtschaftssektor bestehen bleiben. Sozialisiert soll werden vor allen Dingen das Kreditwesen, ausserdem die heute bereits hochgradig monopolistisch bewirtschafteten Industriezweige der Rohstoff-erzeugung und der Energieversorgung. Die übrigen Produktionszweige sollen frei bleiben, indem das private Eigentum an Produktionsmitteln bei ihnen bestehen bleibt, mit der logischen Folge, dass auch das Profitmotiv bei ihrer Führung nicht aufhört. Es muss sogar der Staat Sorge für die Rentabilität dieser dem privaten Sektor angehörenden Betriebe tragen, wenn er die störungsfreie Funktionierung dieses Sektors sichern will. Das aber bedeutet noch nicht, dass der private Sektor der Wirtschaft auch in dem Sinne frei bleibt, dass er sich der staatlichen Kontrolle überhaupt entzieht. Eine Planwirtschaft ohne die Kontrolle der privaten Wirtschaft ist überhaupt nicht denkbar, wenn man die richtigen Proportionen unter den verschiedenen Produktionszweigen entstehen lassen und aufrechterhalten will. Die Sozialisierung des Kreditwesens ist nicht nur wegen der Kreditversorgung des sozialisierten Sektors und des Staates notwendig, sondern auch, und in nicht geringerem Masse, für die Kontrolle des privaten Sektors. Die Schaffung und die Erweiterung volkswirtschaftlich erwünschter Warenproduktion und Dienstleistungen soll vor allem mit Hilfe des sozialisierten Kreditwesens erfolgen. Produktionszweige, in welchen eine Ueberkapazität besteht oder zu entstehen droht, sollen, ebenfalls vornehmlich durch das Mittel der Kreditkontrolle, in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Kreditkontrolle und andere Mittel sollen auch die jeweils nötige Umstellung der Produktion, die Ueberleitung der Produktivkräfte von einem Produktionszweig zum andern ermöglichen. Eine solche Umstellung ist insbesondere für ein Land mit starken Exportinteressen, wie Belgien oder die Schweiz, sehr wichtig. Angesichts der andauernden Veränderungen auf dem Weltmarkt, des raschen technischen Fortschrittes, der Industrialisierung von Agrarländern ist eine ständige Anpassung des Produktionsapparates und der zu exportierenden Warengattungen und -qualitäten erforderlich. Auch soll dabei der sozialisierte Sektor dem privaten wesentliche Hilfe leisten.

Zum Exportproblem sei vermerkt, dass der Wirtschaftsplan den wirtschaftlichen Nationalismus, die Bestrebungen nach wirtschaftlicher Selbständigkeit scharf ablehnt und die Ausdehnung des internationalen Handels mit allen Mitteln fördern will. Er ist daher bereit, mehr als bisher zu importieren, zumal vermehrte

Einfuhr — auf die Dauer — die unumgängliche Vorbedingung der Steigerung der eigenen Ausfuhr darstellt. Daher lehnt der Wirtschaftsplan das System der Hochschutzzölle und anderer ähnlicher Methoden der Absperrung ab und will den Schutz der inländischen Produzenten auf solche Fälle beschränken, in denen sie ohne Schutz der wirtschaftlichen Vernichtung anheimfallen würden. Der Export soll aber sowohl durch Herabsetzung der Produktionskosten der Exportgüter mit Hilfe des sozialisierten Sektors als auch durch Handelsverträge, die den neuen Methoden der Handelspolitik Rechnung tragen, gefördert werden.

Wir können hier auf die zahlreichen anderen durch den Wirtschaftsplan behandelten Probleme nicht eingehen. Für Lohnpolitik, Währungsfrage, Sozialpolitik, Schutz der Kleinsparer, Pächter- und Mieterschutz, Steuerpolitik, mit einem Wort für sämtliche Gebiete der Wirtschaftspolitik schlägt der Plan bestimmte Lösungen vor. Es wird Aufgabe der Wirtschaftsführung sein, sie in eine Einheit zu verschmelzen, in der Art, dass sie einander ergänzend das harmonische Funktionieren der Wirtschaft auf stets erweiterter Stufenleiter ermöglichen. Im Wirtschaftsplan selbst werden nur die Organe vorgesehen, die das Zusammenspiel der so mannigfaltigen Faktoren zu organisieren berufen sind: leitende Organe der einzelnen sozialisierten Industrien, ein Industrieamt (Commissariat de l'Industrie) für die Leitung des sozialisierten Sektors, das Finanzamt für die Kontrolle des Kredits und des Geldwesens, der Wirtschaftsrat, der die einzelnen Kontrollorgane des sozialisierten Industriesektors beaufsichtigt und ihnen Anregungen gibt. Selbstverständlich könnten diese organisatorischen Fragen im Plan selbst nur flüchtig behandelt werden. Mit der Organisation des Kreditwesens beschäftigt sich der Plan ausführlich, was bei der besonders grossen Bedeutung des Kreditwesens für die Umformung der Wirtschaft begreiflich ist.

Es ist anzunehmen, dass der belgische Wirtschaftsplan, richtiger « Arbeitsplan » (plan du travail), wie er sich nennt, auch ausserhalb dieses Landes Beachtung finden wird, vor allem in Ländern, deren Wirtschaftsstruktur der belgischen ähnlich ist. Er wirft Probleme auf, die für die gesamte Arbeiterbewegung der Welt von grosser Tragweite sind.